

Gemeinsames Positionspapier der Kapitalmarkt- Stakeholder

Kapitalmarkt: Starker Hebel für Wirtschaft, Unternehmen und Vorsorge

Ein hoch entwickelter Kapitalmarkt hat positive Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft eines Landes. Er sorgt für eine rasche, effiziente, ausreichende und sichere Versorgung von Unternehmen, Banken sowie des Staates mit finanziellen Mitteln. Privaten Haushalten bietet er die Möglichkeit zur Vorsorge und zum Vermögensaufbau. Damit ist er eine wesentliche Voraussetzung für mehr Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Unternehmen werden ihre Eigenkapitalbasis nachhaltig stärken müssen, wozu ein entwickelter und starker Kapitalmarkt eine unbedingte Voraussetzung ist. **Es ist Entscheidung der Politik, sich gerade jetzt verstärkt des starken volkswirtschaftlichen Hebels Kapitalmarkt zu bedienen!**

Aktienforum, CFA Austria, CIRA, ÖVFA, der Fachverband der Pensionskassen der WKO, VÖIG und die Wiener Börse fassen stellvertretend für die Hauptakteure des heimischen Kapitalmarktes die wichtigsten Ansatzpunkte zusammen:

- **Rasche Umsetzung der im Regierungsprogramm angekündigten Maßnahmen**
 - **Förderung Pensionsmodelle/ Altersvorsorge**
 - **Weiterhin Nein zur Finanztransaktions-Steuer (FTT)**
 - **Wiedereinführung der Behaltefrist**
- **Umfassende Wirtschafts- und Finanzbildung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Finanzleben und als Basis für private Geldanlage**
- **Steigerung der privaten und institutionellen Investorenbasis zur Förderung von IPOs an der Wiener Börse**
- **Stärkung der Eigenkapitalbasis österreichischer Unternehmen**
- **Vereinfachung der „Being Public“-Vorschriften für bereits börsennotierte Unternehmen**
- **Nutzung der Börsenvorteile bei Staatsbeteiligungen**

Gemäß Analyse der Wr. Börse zu den Eigentumsverhältnissen ist der Anteil österreichischer institutioneller Aktionäre an den ATX Prime Unternehmen in den letzten 5 Jahren von 21,9% auf 16,6% gefallen. Dieser Rückgang um rund ein Viertel ist ein Ergebnis von steigenden regulatorischen Vorgaben bei Banken, Versicherungen und Pensions-/Vorsorgekassen, ist aber auch auf den Trend des Outsourcing des aktiven Aktienmanagements vieler Institute zurückzuführen. Parallel dazu kam die IPO-Aktivität in Österreich – trotz positiver Kursentwicklung an der Wiener Börse und einem internationalen IPO-Boom – seit 2019 komplett zum Erliegen. Der Mangel an in Österreich aktiven institutionellen Anlegern verunmöglicht de facto IPOs von kleineren und mittelständischen Unternehmen. Die hier vorgestellten Maßnahmen sollen die Aktivität und das für heimische Investitionen vorhandene Kapital quer über alle Assetklassen steigern, um zu einem lebendigeren heimischen Kapitalmarkt beizutragen.

1. Förderung betrieblicher und privater Pensionsmodelle/ Altersvorsorge

Hier sieht das Regierungsprogramm vor, ergänzend zur staatlichen Pensionsvorsorge auch entsprechende Rahmenbedingungen für die betriebliche und private Pensionsvorsorge zu schaffen. Dieses Bekenntnis zu einem ganzheitlichen Pensionssystem ist ein wesentlicher Schritt für die Absicherung des Lebensstandards der Österreicher im Alter. Die acht heimischen Pensionskassen veranlagen ein Vermögen von über 26 Milliarden Euro und sind damit auch ein wichtiger Investor am österreichischen Kapitalmarkt. Große institutionelle Investoren sind unabdingbar für einen effizienten Kapitalmarkt. Sie stellen Eigenkapital langfristig zur Verfügung und fördern durch ihre Nachfrage die Angebotsseite am Markt (IPOs etc).

Folgende Maßnahmen zur Förderung der zweiten Säule stärken gleichzeitig den heimischen Kapitalmarkt und würden dazu beitragen, dass von derzeit einem Viertel mittelfristig die Hälfte aller Arbeitnehmer Anspruch auf eine Firmenpension hat:

■ Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die 2. Säule

- Steuerliche Gleichstellung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge: Derzeit können nur Arbeitgeber ihre Beiträge für Mitarbeiter absetzen. Wichtig für den weiteren Ausbau und die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge ist die steuerliche Absetzbarkeit der Arbeitnehmerbeiträge in das Pensionskassenmodell. Mit dem Auslaufen der Topf-Sonderausgaben wurde den Arbeitnehmern der Anreiz genommen, einen eigenen Beitrag zur Altersvorsorge zu leisten. Ebenso sollten Eigenbeiträge des Arbeitgebers (Beiträge für geschäftsführende Gesellschafter) steuerlich absetzbar sein. Damit würden Pensionskassenmodelle vor allem im KMU-Segment deutlich an Attraktivität gewinnen, da Geschäftsführer und Arbeitnehmer im selben betrieblichen Vorsorgemodell eingebunden sind.
- Einführung eines Prämienmodells für Geringverdiener: Bei Geringverdienern greift die steuerliche Absetzbarkeit nicht: Hier sollte ein Prämienmodell analog zur prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge gestaltet werden, mit einem maximal geförderten Einzahlungsbetrag von EUR 2.957,80 (2020). Die Prämienförderung in der derzeitigen Höhe von 4,25 % würde dann eine Prämienzuzahlung von EUR 125,71 pro Jahr bedeuten.
- Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für einen Generalpensionskassen-Vertrag (GPKV)
 - Auch für Personen, die bisher keine betriebliche Altersvorsorge hatten, soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass sie mit Pensionsantritt ihre Abfertigung in eine lebenslange Zusatzpension umwandeln können. Für alle Österreicher mit einem PK-Vertrag ist dies bereits jetzt möglich.
 - Die steuerfreie Übertragung der Abfertigungen NEU und ALT in eine Pensionskasse soll in Form eines Generalpensionskassen-Vertrag (GPKV) mit einheitlichen, standardisierten Bedingungen möglich werden.
- Verwaltungsvereinfachung: Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die elektronische Kontoinformation an alle Kunden einer Vorsorgekasse (folgend den Beispielen der Kontomitteilung der Pensionsversicherungsanstalt, Leistungsinformation der Krankenversicherungsträger sowie der Kontoinformation der Pensionskassen).

■ Ausbau der 3. Säule

- Einführung eines steuerbegünstigten / steuerbefreiten Vorsorgedepots anstelle der derzeitigen prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge: AnlegerInnen sollen ein Vorsorgeprodukt wie einen Investmentfonds oder Versicherung frei wählen können. Die dafür geleisteten Beiträge sollen auf einem Sperrkonto (Vorsorgedepot) der Pensionsvorsorge (und Pflegevorsorge) gewidmet werden. Es könnte jährlich ein maximaler Betrag steuerbegünstigt eingezahlt werden, wo frei zwischen verschiedenen Investmentprodukten, eventuell mit einem Fokus auf heimische Investments, hin- und hergewechselt werden kann. Dadurch könnten Neuemissionen von österreichischen Aktien, Bonds oder speziellen Fondsprodukten gefördert werden. Die gewählten Produkte sollen steuerlich gleichbehandelt werden wie das derzeit bestehende Zukunftsvorsorgeprodukt. Bei einer nicht-widmungsgemäßen Verwendung würde eine Nachversteuerung erfolgen. Hier könnte man zusätzlich auch ESG-Kriterien vorsehen.

2. Finanzbildung stärken

Wir begrüßen die 2021 erfolgte Verabschiedung der Nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich durch das BMF. Ergänzend sehen wir folgende Punkte als zentral an für eine erfolgreiche Implementierung einer nachhaltigen Finanzbildung der österreichischen Bevölkerung:

- Zahlreiche Studien belegen, dass Finanzwissen und das Bewusstsein für wirtschaftliche Zusammenhänge in der österreichischen Bevölkerung wenig verankert sind.
- Wirtschaftliches Basiswissen ist jedoch Voraussetzung für eine selbstbestimmte finanzielle Zukunft und Bildung der beste Anlegerschutz. Finanzwissen darf nicht als Elite-Thema wahrgenommen werden, sondern muss allen Menschen zugänglich gemacht werden (Chancengleichheit).
- Die Teilnahme Österreichs am „Financial Literacy Modul“ im Rahmen der PISA-Studie wäre sinnvoll, um den Kompetenzgrad der österreichischen Schüler international vergleichen und von entsprechenden „Vorreiter“-Ländern strategische Maßnahmen übernehmen zu können.
- Finanz- und Wirtschaftsbildung muss zwingend in den Lehrplänen der Schulen ab Sekundarstufe I verankert werden. Jeder Schüler sollte nach Vollendung der Schulpflicht über wirtschaftliche Basis-Kenntnisse verfügen.
- Durch Verankerung in den Lehrplänen sollte auch eine Vertiefung des erworbenen Wissens und der Kenntnisse in den höheren Schulstufen (Sekundarstufe II) über alle Schultypen hinweg erfolgen.
- Eine Überarbeitung der Lehrbücher und Lernmaterialien der relevanten Fächer (z.B. Geografie und wirtschaftliche Bildung), Screening und Adaption vorliegender Lehrbücher und Anreicherung mit wirtschaftlichen Themen ist notwendig sowie eine stärkere Berücksichtigung des Themas bei neuen Lehrbüchern und Lernmaterialien.
- Schrittweise Änderung des „Mindsets“ in der Bevölkerung sollte gefördert werden: Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen und Börse & Kapitalmarkt (auch) positiv im öffentlich Diskurs thematisieren (stärkt Unternehmen, sichert und schafft neue Arbeitsplätze, Grundlage für Altersvorsorge, langfristige Vorsorge ist keine Spekulation etc.).
- Aktienforum, CFA Austria, CIRA, ÖVFA, der Fachverband der Pensionskassen der WKO, VÖIG und die Wiener Börse wollen Teil der Lösung sein und Bildungsverantwortlichen einen Praxiszugang bieten.

3. Weiterhin Nein zur Finanztransaktions-Steuer (FTT)

Die Einschätzung der Stakeholder deckt sich mit jener im Regierungsprogramm. Der aktuelle Vorschlag der FTT-Gruppe benachteiligt heimische Unternehmen und österreichische Aktiensparer und würde damit die heimische Wirtschaft schädigen.

- Eine solche Steuer belastet im Endeffekt die Kleinanleger und Fondssparer, die in der aktuellen Nullzins-Phase Renditen erwirtschaften und für die Pension und ihre Kinder vorsorgen wollen.
- Sie reduziert die Rendite der Pensionskassen und von Anspar-/Vorsorgemodellen. Die gesamte private Altersvorsorge würde infolge unter einer solchen Aktiensteuer leiden. In Zeiten, in denen die zweite und dritte Säule immer wichtiger wird, ist dies genau der falsche Weg.
- Die Steuer wird nur auf Aktien eingehoben – und trifft damit ausschließlich die österreichischen Unternehmen in der Realwirtschaft. An der Wiener Börse wären 27 österreichische Unternehmen betroffen, die über 95 % des Handelsvolumens auf sich vereinen.
- Unternehmer brauchen Eigenkapital. Eine Aktiensteuer verteuert die Unternehmensfinanzierung und beeinträchtigt die Bereitstellung von Kapital über die Börse.
- Darüber hinaus träfe eine Einführung in wenigen Staaten einen mittleren Kapitalmarkt wie in Österreich besonders und würde in geringerem Handelsvolumen und reduzierter Liquidität resultieren. Aufgrund der

geringen Gewichtung des heimischen Aktienmarkts in internationalen Benchmarkindizes, können Investoren auf österreichische Aktien verzichten, ohne eine wesentliche Abweichung zur Benchmark zu generieren.

- Das mögliche, zu erlösende Steueraufkommen ist wenig realistisch und würde durch die komplizierte Abwicklung und hohen Verwaltungsaufwand weiter reduziert.
- Auch ein Gutachten von Univ.-Prof. Stefan Pichler (Wien, Dezember 2019) kommt zu dem Schluss, dass „die Einführung der vorgeschlagenen FTT für Österreich eindeutig abzulehnen ist.“

4. Wiedereinführung der Behaltefrist und Maßnahmen bei der Wertpapier-KEST

Das Regierungsprogramm sieht die Erarbeitung einer Behaltefrist für die Kapitalertragsteuerbefreiung für Kursgewinne bei Wertpapieren und Fondsprodukten vor. Dies ist ein wesentlicher Schritt, denn für den heimischen Privatanleger muss steuerlich zwischen kurzfristiger Spekulation und langfristiger Investition in Unternehmensanteile unterschieden werden. Der Wegfall der KEST hätte laut einer Studie der Erste Bank zudem einen aktivierenden Effekt in Bezug auf Wertpapierinvestitionen.

- Aktienforum, CIRA, ÖVFA, der Fachverband der Pensionskassen der WKO, VÖIG, CFA Society Austria und die Wiener Börse fordern klar die Einführung einer Behaltefrist von einem Jahr und eine zügige Umsetzung dieser Maßnahme.
- Weiters könnte das Thema Behaltefrist mit dem oben angeregten Vorsorgedepot gelöst werden. Hiermit können auch Lenkungseffekte erzielt werden (z.B. durch Berücksichtigung von ESG-Kriterien wie etwa ökologische und ethische Veranlagungen).

Damit verbunden bleibt die Forderung aller Stakeholder nach einer KEST-Senkung. Die Anhebung der KEST auf Dividenden- und Kuponzahlungen sowie Kursgewinne auf 27,5 % war ein falsches Signal an Privatanleger.

- Diese sachlich nicht gerechtfertigte steuerliche Ungleichbehandlung verschiedener Kapitaleinkünfte sollte rückgängig gemacht und die KEST auf 25 % oder weniger gesenkt werden.

5. Vereinfachung des Being Public für bereits börsennotierte Unternehmen

- **Einführung eines Research Incentive-Modells zur Gegensteuerung des Marktversagens in der Research-Coverage**
 - Das strikte Vergütungssystem für Research- und Corporate Access-Leistungen durch MIFID II hat dazu geführt, dass große Investmentgesellschaften sich in ihren Kundenbeziehungen nur noch auf wenige und große Analysehäuser/Investmentbanken beschränken. Kleinere nationale und internationale Investmentbanken leiden enorm unter dieser so entstandenen Marktkonzentration. Hier ist eindeutig von einem Marktversagen zu sprechen. Denn gerade für den österreichischen Markt mit den - international gesehen - kleinen gelisteten Unternehmen sind kleinere, aber umso aktivere Investmentbanken enorm wichtig, um ein ausreichendes Maß an Research-Coverage und Zugang zu den passenden Investoren und Anlegergruppen zu erhalten.
 - Durch ein nationales Fördermodell für Analysetätigkeit soll ein Österreich-spezifisches, für den heimischen Markt maßgeschneidertes Anreizsystem geschaffen werden. Ziel ist es, den Zugang zum Kapitalmarkt für österreichische börsennotierte Gesellschaften weiterhin zu erhalten und zu sichern. Damit wird die Standortattraktivität des Kapitalmarktes in Österreich verbessert.

■ Förderung von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen

Ein breiter und tiefer Kapitalmarkt besteht sowohl aus kurzfristig, als auch langfristig orientierten Investorengruppen, wobei die Mitarbeiterbeteiligung zu letzteren zählt. Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Stiftungen haben sich in der Praxis bewährt und können durch die Bündelung der Anteile und Stimmrechte auch eine Position als Kernaktionär einnehmen. Mit der Erhöhung des steuerlichen Freibetrags bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung ab 2016 von EUR 1.460 auf EUR 3.000 und der zuletzt angekündigten bis zu EUR 3.000 steuerfreien Gewinnbeteiligung (pro Mitarbeiter und Jahr) wurden hier erste Schritte gesetzt.

Als nächster Schritt sollte nun eine weitere steuerliche Incentivierung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungs-Stiftungen erfolgen:

- Dividendenausschüttungen in Mitarbeiter-Stiftungen sollten steuerfrei bzw. steuerlich begünstigt sein, denn für den durchschnittlich verdienenden Mitarbeiter darf eine Mitarbeiter-Aktie steuerlich nicht weniger attraktiv sein als eine Prämie.
- Umwandlungen von Bonuszahlungen und von Gehaltsbestandteilen jeweils in Aktien des Arbeitgebers auf freiwilliger Basis sollten steuerfrei oder zumindest steuerlich begünstigt sein.
- Sämtliche Varianten sollten kumulativ nutzbar sein und sich nicht gegenseitig ausschließen.

■ Vereinfachung von Kapitalerhöhungen (KE), bes. im Hinblick auf kurzfristige Rekapitalisierungs-KEs (Genehmigtes Kapital, §§ 169 ff AktG)

- Klare Regelungen im österreichischen Aktiengesetz zu folgenden Punkten würden in der Praxis wesentlich die schnelle Durchführung einer Kapitalerhöhung erleichtern:
 - Vereinfachte Umsetzung des Ausschlusses des Bezugsrechts vorab bzw. Direktausschlusses bei Erhöhung des Grundkapitals
 - Wegfall der sachlichen Rechtfertigung, wenn das genehmigte Kapital nicht mehr als 10 % des Grundkapitals beträgt
 - Aufhebung der zweiwöchigen Ankündigungsfrist

6. Nutzung der Börsenvorteile bei Staatsbeteiligungen

Unternehmertum ist nicht Kernaufgabe eines Staates, jedoch ist seine Rolle als Kernaktionär in Österreich eine sehr wichtige. Die Kombination von Staatsbeteiligung bei gleichzeitiger Nutzung der Börsenvorteile ist in Österreich ein Erfolgsmodell, das auch als Vorlage für eventuelle zukünftige Beteiligungen herangezogen werden kann:

- Die „börsliche Compliance“ steigert Effizienz und Fitness der Unternehmen, sorgt für höchste Transparenz und Governance und stärkt damit nachhaltig Profitabilität und internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen.
 - Mit den Dividendenausschüttungen erhält der Staat langfristig laufende Erträge. Das ist auch ein Gewinn für alle Bürger durch Stärkung des öffentlichen Haushalts.
 - Ein Börsenlisting bietet den Österreichern gleichberechtigte Teilhabe über die für jedermann zugängliche Börse und direkte, zukunftssichernde Veranlagungsmöglichkeiten in die eigene Volkswirtschaft.
 - Das Listing eröffnet den Unternehmen die Möglichkeit einer Mitarbeiter-Beteiligung. Auch auf diesem Weg kann ein starker heimischer Kernaktionär geschaffen werden.
- Bei der Ausgestaltung einer Staatsbeteiligung hat der Staat große Spielräume:
- Er kann die Mehrheit mit 75 % plus 1 Aktie behalten bzw. seinen Anteil auf 25 % plus 1 Aktie (Sperrminorität) reduzieren.

- Mit einem Börsenlisting erschließt sich der Haupteigentümer großen, zukünftigen Handlungsspielraum, u.a. durch mögliche Kapitalerhöhungen, Verkauf weiterer Anteile über die Börse etc.
- Des Weiteren zu evaluieren ist eine temporäre Beteiligung der ÖBAG als Cornerstone-Investor bei kleineren Wr. Börse IPOs österreichischer Emittenten aus Zukunfts-Branchen wie Healthcare, Biotech, Neue Medien, Robotic, etc. („Crossover Investor“).

7. Weitere Maßnahmen

- Steuerliche Gleichsetzung von Eigen- und Fremdkapital: Die Eigenkapitalkosten liegen deutlich höher als Fremdkapitalkosten, Unternehmen bevorzugen daher Fremdkapital zur Finanzierung. Eine Einführung von fiktiven Eigenkapitalzinsen könnte diesen Unterschied deutlich verringern.
- Begünstigung von Eigenkapitalinvestments von Banken und Versicherungen: Bei den nächsten Reviews der Solvency II und Basel III Regeln soll die massive Benachteiligung von Eigenkapitalinvestments der Banken und Versicherungen aufgehoben werden.
- Erhöhung von vorbörslichen Beteiligungen: Es sollten in Österreich attraktive steuerliche Rahmenbedingungen für depotfähige Private Equity Beteiligungen geschaffen werden. Dazu wäre eine Umsetzung des geplanten Wagniskapitalgesetzes oder eine Überarbeitung des Mittelstandsfinanzierungsgesetzes notwendig.